

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Fringerlohn in der 47. Woche vom 17. November bis 23. November 1923 100 Mark, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 125 Mark, für den Auslandsende 150 Mark, Einzelnummer 125 Mark, Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile 30 Pf., die 30 mm breite Kellamzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen: Stellen- und Kiegeleien 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 270

Dresden, Dienstag den 20. November 1923

34. Jahrg.

Was tut der Reichstag?

Heute wird im Reichstag über Stresemanns Schicksal entschieden werden. Der Kanzler der großen Koalition hat so ziemlich nichts mehr hinter sich. Nicht einmal seine eigene Partei. Es gelang ihm zwar am Sonntag, im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei mit seiner Rede ein Vertrauensvotum zu erlangen, aber damit hat er noch lange nicht das Vertrauen des rechten Flügels der Volkspartei. Die Leute auf der Rechten, die politischen Hohlköpfe Marek, Drees und Feing, fühlen viel zu deutschnational, das heißt entschieden reaktionär, als daß zwischen ihnen und der schwankenden nationalliberalen Gestalt auf dem Reichskanzlerstuhl nicht scharfe Feindschaft bestehen müßte.

Aber auch ein Teil des Zentrums und der Demokraten ist mit Stresemann unzufrieden. Nach dem Völkervertrag, mit dem die deutsche Desertion gegen Sachsen bearbeitet wurde, konnte die Reichsregierung den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen wagen, ohne auf andern Widerstand als den der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu stoßen. Jetzt zeigt sich in Thüringen, nach welchem Schema die Reaktion arbeitet. Auch dort rücken Reichswehrtruppen ein. Auch dort hieß es: zum Grenzschutz gegen Bayern. Auch dort liegen heute die Reichswehrverstärkungen durchaus nicht an der bayerischen Grenze, sondern sie besetzen Thüringen, um der sozialistischen Regierung Thüringens die Volksgewalt aus den Händen zu nehmen. War schon in Sachsen vor dem Reichswehreinmarsch von Unruhen nicht mehr zu spüren, als in andern deutschen Randteilen, so konnte von Thüringen noch weniger bestritten werden, daß gerade dort Regierung und Behörden völlige Garantie für Ordnung und öffentliche Sicherheit leisteten. Diese Vorgänge und das schwächliche Verhalten des Kumpffkabinetts gegen die verschiedenen bayerischen Hochverratsgruppen haben den demokratischen Flügel der Demokraten und den republikanischen des Zentrums stürzt gemacht. Rein, Vorreiter wird Stresemann heute kaum ernten. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst, dessen Bemühen es immer gewesen ist, die Aufhebung der Wehrzeit unserer Reichstagsfraktion auszusprechen, knüpft an Stresemanns jüngste Rede an und schreibt:

Rechte gehen, wenn ein anderer Mann an die Stelle des gegenwärtigen Reichskanzlers tritt. Die Hauptsache ist, daß hierzu die notwendigen Bürgschaften aufgebracht werden. Ob Herr Stresemann das besser und leichter vermag wie ein anderer Politiker, möchten wir sehr dahingestellt sein lassen. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie seine jetzige Politik nicht als Grund zur Verschiebung der doch einmal zwischen uns und der gegenwärtigen Regierung notwendigen Klärung anerkennen. Sie dürfte deshalb die in den letzten Wochen von dem dritten Kabinett Stresemann verfolgte Politik mit einem Antrag im Reichstag, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, beenden.

Wir halten es für selbstverständlich, daß sich die sozialdemokratische Fraktion auf keine Neutralität gegenüber einem Kabinett nationaler Unentschiedenheit einläßt. Die Reaktion kennt diese Stimmung innerhalb der Sozialdemokratie und hofft, daß als einziger Ausweg nichts andres übrig bleibt als ein Rechtskabinett, das wahrscheinlich keine Wehrzeit findet und infolgedessen unter Ausschaltung des Reichstags regieren müßte. Die deutschnationalen Presse rechnet schon mit einem Direktorium, dessen diktatorische Gewalt in den Händen des Militärbefehlshabers v. Seeckt liegt. Die Gefahren, die der Republik, der Demokratie und dem Sozialismus aus einem solchen Regime erwachsen müßten, werden in unsern Reihen genötigt nicht unterschätzt. Trotzdem dürfen uns diese Aussichten nicht etwa wieder in ein Regierungsverhältnis hineinsprechen, bei dem wir die Verantwortung für alles, was geschieht und was nicht geschieht, mitzutragen haben. Wenn Nationalismus, Schwerindustrie und Junkertum etwa glauben, ihre Zeit sei gekommen, so verkennen sie die Stimmung der breiten Massen völlig. Es ist höchstens die Zeit gekommen, in der ihnen die Möglichkeit blühen könnte, sich durch Übernahme der Regierungsgewalt noch mehr bloßzustellen, als sie es außerhalb der Regierung bereits getan haben, denn sie dürfen überzeugt sein, daß sie auf die Feindschaft aller freiheitlichen Schichten des Volkes stoßen werden, auf einen Widerstand, der mit Maschinengewehren und Handgranaten nicht zu brechen ist.

Die Maßnahmen gegen Deutschland

Paris, 19. November. Die Sitzung der Vorkonferenz hat hinsichtlich der Wiederaufnahme der interalliierten Kontrollkommissionen in Deutschland ein provisorisches Abkommen getroffen, das den interalliierten Regierungen nimmlich zur Genehmigung unterbreitet wird. Nach eingehendem Meinungsaustausch wurde ein vorläufiger Text entworfen, der dem französischen Ministerialrat zur Ratifizierung unterbreitet wird. Inzwischen wird der englische Vorkonferenz seine Regierung telephonisch fragen, ob sie die im Auge gefassten Entschlüsse annehmen wolle. Die Vorkonferenz

wird erneut zusammentreten, um die endgültige Entscheidung zu treffen. Soviel berichtet, am Dienstag würden alle Schwierigkeiten überwunden sein.

Weitere Meldungen besagen, daß man in der Frage der Rückkehr des Kronprinzen zu keiner vorherigen Verständigung gekommen sei, weshalb man noch alles in der Schwebe lasse. England habe erklärt, keiner neuen „Sanction“, d. h. Gewaltmaßnahme, gegen Deutschland zuzustimmen, ebenso hat Rußland den italienischen Vorkonferenz anzuweisen, sich gegen Sanctionen zu erklären.

Paris, 20. November. Die Beschlüsse der Vorkonferenz besagen: In der Kontrollfrage wird die sofortige Wiederaufnahme der Militärkontrollen unter näherer Angabe der Bedingungen, unter denen die Aufnahme zu erfolgen hat, gefordert. Die Verbündeten drohen keine Sanctionen an und behalten es sich vor, nach Beantwortung ihrer Note durch Deutschland darüber zu beraten, welche Sanctionen eventuell erforderlich wären. In der Kronprinzenfrage beschließen die Verbündeten sich darauf, der deutschen Regierung mit einer Note zu verstehen zu geben, daß die Anwesenheit des früheren Kronprinzen nach ihrer Auffassung eine Gefahr darstellt. Sie werden weder Auslieferung noch die Verbannung verlangen, noch auch Sanctionen ansetzen.

Poincaré wird Sanctionen verhängen

Paris, 18. November. Poincaré erklärte in einer Rede in Neuilly: Deutschland schaltet und waltet nach Willkür mit den Sicherheitsbestimmungen. Es hat die Tätigkeit der interalliierten Militärkontrollkommissionen lahmgelegt und versucht, ein Heer wieder zu rüsten und militärische Formationen, die nach dem Vertrag von Versailles verboten sind, neu zu bilden. Gleichzeitig teilt es dem Kronprinzen, der auf der Waise der Kriegsverbrecher als erster steht, die Erlaubnis, nach Hause zurückzukehren. Das bedeutet seitens der deutschen Regierung eine Veranschuldung der Verbündeten, eine schamlose Verletzung des Versailler Vertrags und auch einen frechen Anschlag auf den Frieden. Sanctionen müssen ergriffen werden. Wir werden sie ergreifen, falls wir keine Genugtuung erhalten. Wir sind im übrigen entschlossen, die auf Grund des Friedensvertrags besetzten Gebiete nicht zu räumen, bevor alle im Versailler Vertrag bezeichneten Klauseln vollkommen erfüllt sind.

Nach diesen Erklärungen ist also mit neuen Gewaltmaßnahmen zu rechnen. Der letzte Schuß ist von der englischen Regierung so aufgesetzt worden, als wolle Frankreich für immer im Ruhrgebiet bleiben. Poincaré ließ durch seinen Vorkonferenz erklären, daß er nur die Gebiete links des Rheins gemeint habe.

Schutz vor den französischen Militarismus

London, 18. November. Lloyd George sagte in einer Rede: Die Regierung treibe das Land in den Ruin hinein. Die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit sei die Erstattung der Abnehmer Englands, England verlor in Europa für 80 Millionen Pfund Sterling (1200 Millionen Goldmark) weniger als vor dem Kriege. Europa kann nichts kaufen, Europa verhungert. Das erste, was getan werden müßte, sei, Europa in Ordnung zu bringen, die europäischen Industrien und den Reichtum Europas wieder aufzubauen. Dann würden die Völker Europas von England kaufen. Lloyd George erklärte unter lauem Beifall, was

Die Internationale für das deutsche Volk

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!

Die Politik Poincarés ist zur herrschenden in Europa geworden. Alle entsetzlichen Folgen, die die sozialistische Arbeiter-Internationale auf ihrem Gründungskongress in Hamburg im Mai dieses Jahres vorausgesagt hat, sind zur Wahrheit geworden.

Die Reaktion in Frankreich hat die Kräfte der Reaktion Deutschlands zusammenschlüsselt. Der nationalisierte Raub, zu dessen Träger sich Poincaré macht, hat den nationalisierten Raub im deutschen Bürgerium neu entfacht. Die

Hilfer und Lubendorff

predigen maßvolle Bescheidenheit. Die kapitalistischen Ausbeutungsgelüste, die die tiefste Quelle des Elms sind, in das Ruhrgebiet geworfen sind, haben, vereint mit den Ausbeutungsinstanzen der Elms und Konfession, die gebildet wurden von den bürgerlichen Regierungen Taus und Stresemann, das Proletariat Deutschlands vor den Hunger in seiner entsetzlichsten Gestalt gestellt.

Hunger, Reaktion und Verweisung

haben in Deutschland die Oberhand gewonnen. Der Moment des offenen Bürgerkrieges ist gekommen. Der Ruf der Lubendorff und Hilfer ist zunächst mißglückt, aber die Reaktion ist keineswegs bestigt. Die Gefahren, die aus dem Monarchischen Elms und der politischen Zersplitterung Deutschlands ganz Europa drohen, wachsen von Stunde zu Stunde.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale erwartet von den ihr angeschlossenen Parteien, daß sie in dieser kritischen Stunde alles, was in ihren Kräfte liegt, tun werden, um sich den Gefahren, die den Proletariats aller Länder drohen, entgegenzustellen. Wir sind uns bewußt, wie beschränkt gegenwärtig die Wirkungsmöglichkeiten des Proletariats über den Bereich des eigenen Landes hinaus sind. Aber das Wenige, das geleistet werden kann, muß mit ganzer Kraft geleistet werden. Wir leiten daher eine Aktion ein, um

materielle Mittel zusammenzufassen,

damit an jenen Punkten eingegriffen werden kann, wo die Aufgaben momentan die größten Anstrengungen erfordern.

Der Sieg Poincarés beruht nicht nur auf den ökonomischen und politischen Missetaten Deutschlands, er beruht auch auf den ökonomischen Grundlagen der Organisationen der deutschen Arbeiterklasse. Eine große Reihe von Zeitungen wurde bereits eingestellt, werden, andere droht die Gefahr jeden Tag, der große Parteiparat der deutschen Sozialdemokratie, der zweitgrößten Arbeiterpartei der ganzen Welt, ist in Gefahr, infolge der materiellen Schwierigkeiten in seiner Funktion gelähmt zu werden.

Deshalb fordern wir die Arbeiterparteien aller Länder auf, für die Opfer,

die der Sieg Poincarés und die zweideutige Politik Stresemanns fordern, mit allen ihren Kräften Mittel herbeizuschaffen, die vor allem dazu verwendet werden sollen, die Weiterarbeit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ermöglichen.

Wichtig ist es aber auch, Mittel zu schaffen für den Kampf,

der gegen die Fortsetzung der Politik Poincarés geführt werden muß. Der Kernpunkt der politischen Entscheidung liegt in Frankreich. Leider ist die sozialistische Partei Frankreichs durch die unverantwortliche Spaltungspolitik der Kommunisten auf das empfindlichste geschwächt. Sie hat mit immer neuer Energie ihr Tagebuch, den Populären, am Leben erhalten, aber sie ist in Gefahr, diese ihre wichtigste Waffe verlieren zu müssen, knapp bevor sie in den entscheidenden Wahlkampf eintritt. Die eigentlichen Genossen haben in internationaler Solidarität schon außerordentlich bedeutsame Opfer für den Populären gebracht. Der Moment ist da, wo auch die übrigen Arbeiterparteien in die Furchen springen müssen.

So fordern wir auch auf, alle Kräfte anzufragen, Mittel aus Frankreich zur Verfügung zu stellen, allgemeine Sammlungen einzuleiten und alle diese Mittel bereitzustellen.

für den Sozialismus in Deutschland und in Frankreich.

Wir wissen nur zu gut, wie schwer die Parteien in den einzelnen Ländern mit materiellen Schwierigkeiten zu ringen haben; wir wissen nur zu gut, wie das Elend der Nachkriegszeit, die Arbeitslosigkeit und die niedrigen Löhne die Arbeiterklasse verarmt haben. Aber wir glauben, daß trotz all diesen Schwierigkeiten in jedem einzelnen Lande in diesem Augenblick die internationale Solidarität des Proletariats kräftig zum Ausdruck kommen muß.

Schon haben einzelne Parteien aus eigener Initiative Sammlungen eingeleitet, so in einigen Ländern für die deutsche Partei, in Belgien für die französische Partei. Wir wollen den Fortgang dieser Sammlungen in keiner Weise hören, und überlassen es den Parteien, in jedem Lande die beste Form zu finden, um den größten Erfolg zu sichern. Aber wir betonen immer von neuem:

Wache Hilfe tut in Deutschland und in Frankreich!

Wir bitten die Beiträge direkt an die Parteien in Deutschland und in Frankreich an folgende Adressen zu überweisen: Otto Weis, Berlin SW 83, Lindenstraße 8, Paul Faure, 12 Rue Feneau, Paris 2e. Gleichzeitig bitten wir, damit eine Heberlei für das Besteilete gewonnen wird, unsern Sekretariat mitzuteilen, welche Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

London, November 1923.

Für das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale
Friedrich Adler, Tom Shaw.